

Niederschrift
über die Sitzung des Rates der Stadt Bielefeld
am 02.02.2012

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus
Beginn: 17:25 Uhr
Ende: 19:35 Uhr

Anwesend:

Herr Oberbürgermeister Clausen
Herr Bürgermeister Helling
Herr Bürgermeister Grube

CDU

Herr Nettelstroth Fraktionsvorsitz
Frau Brinkmann, P.
Frau Grünewald
Herr Henrichsmeier
Herr Hoffmann
Herr Jung
Frau Kammeier
Herr Kleinesdar
Herr Kleinkes
Herr Krumhöfner
Herr Lux
Herr Meichsner
Frau Niederfranke
Herr Nolte
Frau Osthus
Herr Röwekamp
Herr Rüter
Herr Strothmann
Herr Prof. Dr. von der Heyden
Herr Weber
Herr Werner

SPD

Herr Fortmeier Fraktionsvorsitz
Frau Biermann
Frau Brinkmann, D.
Herr Franz
Frau Gorsler
Herr Hamann
Frau Klemme-Linnenbrügger
Herr Kranzmann
Herr Lufen
Herr Nockemann
Frau Schneider
Frau Schrader
Herr Sternbacher
Herr Suchla
Frau Viehmeister
Herr Wandersleb

Frau Weißenfeld

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Rathsmann-Kronshage	Fraktionsvorsitz
Herr Geil	
Herr Gutknecht	
Frau Hellweg	
Herr Julkowski-Keppler	
Frau Keppler	
Frau Dr. Ober	
Frau Pfaff	
Herr Rees	
Frau Dr. Schulze	
Herr Dr. van Norden	

Die Linke

Frau Schmidt	Fraktionsvorsitz
Frau Ilgün	
Herr Ocak	
Herr Dr. Schmitz	

FDP

Herr Buschmann	Fraktionsvorsitz
Herr Bolte	
Frau Burkert	
Herr Sander	

BfB

Herr Schulze	Fraktionsvorsitz
Herr Delius	
Herr Grün	

Bürgernähe

Herr Schmelz
Frau Geilhaar

Verwaltung:

Herr Stadtkämmerer Löseke	Dezernat 1
Herr Beigeordneter Dr. Witthaus	Dezernat 2
Frau Beigeordnete Ritschel	Dezernat 3
Herr Beigeordneter Moss	Dezernat 4
Herr Erster Beigeordneter Kähler	Dezernat 5
Frau Ley	Büro Oberbürgermeister
Frau Stude	Büro des Rates (Schriftführerin)
Herr Kricke	Büro des Rates
Frau Wilms	Büro des Rates
Frau Bockermann	Presseamt
Herr Schlüter	Presseamt

Nicht anwesend:

Herr Dr. Tsapos	SPD
Herr Plaßmann	SPD

Zuhörer/-innen in nichtöffentlicher Sitzung:

Frau Aksamit	Mitarbeiterin CDU-Fraktion (verpflichtet)
Frau Schellong	Mitarbeiterin CDU-Fraktion (verpflichtet)
Herr Schmalen	Mitarbeiter SPD-Fraktion (verpflichtet)
Herr Hölscher	Geschäftsführung Fraktion Die Linke
Herr Dr. Kerbein	Geschäftsführung FDP-Fraktion

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Herr Oberbürgermeister Clausen teilt mit, dass Frau Doris Hellweg als Nachfolgerin für Frau Künnemann seit dem 12.01.2012 Mitglied des Rates sei. Er begrüßt Frau Hellweg und führt sie gemäß § 67 GO NRW in ihr Amt ein.

Weiterhin verabschiedet er Frau Küster (Radio Bielefeld), die heute zum letzten Mal an der Ratssitzung teilnehme.

Sodann eröffnet Herr Oberbürgermeister Clausen die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

-.-.-

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der Ratssitzung am 15.12.2011**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Ratssitzung am 15.12.2011 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Anfragen**

Anfragen liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anträge**

Zu Punkt 4.1 **Verbesserung der öffentlich-politischen Partnerschaft: Transparenz, Information, Partizipation (Antrag der Fraktion Die Linke vom 24.01.2012)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3587/2009-2014

Herr Schmelz (Gruppe Bürgernähe) verweist auf eine Rede des Oberbürgermeisters, in der er die geringe Wahlbeteiligung mit

wachsender Politikverdrossenheit und nachlassendem politischen Engagement begründe. Seines Erachtens sei dies auch der kritische Ausdruck gegenüber einer Politik, die die Menschen in Entscheidungsprozessen nur unzureichend oder nur der Form halber beteilige. Im Rahmen des notwendigen Wandels zu einer Bürgergesellschaft sei für die Lösung der anstehenden Zukunftsaufgaben die Mitentscheidung und Mitverantwortung einer breiten Öffentlichkeit gefragt. Nur so könnten fachlich und sachlich fundierte, wirklich demokratisch legitimierte und nachhaltige Problemlösungen erarbeitet werden, die von einer breiten Mehrheit getragen und effektiver dem Allgemeinwohl dienen würden. Die Parteien, die den Bielefeld-Pakt geschlossen hätten, hätten sich verpflichtet, bei den anstehenden Aufgabenlösungen möglichst viele Akteure zur Mitarbeit zu motivieren, um auf diese Weise die Stadt weiter zu entwickeln. In Bielefeld seien alle Parteien gefordert, ihre Versprechungen hinsichtlich mehr Bürgernähe umzusetzen. Der vorliegende Antrag sei anlässlich einer Veranstaltung des Vereins Pro Grün e. V. mit dem Thema „Bielefeld 21 – wir reden früher!“ an den Rat formuliert worden. Die Grundsätze des Antrags seien Teil einer zeitgemäßen politischen Haltung, die seine Gruppe begrüße. Er appelliere, sich mit dem Beschluss auf den Weg zu begeben, diese politische Haltung für die Zukunft der Stadt Bielefeld gemeinsam und konstruktiv umzusetzen.

Frau Rathsmann-Kronshage (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) spricht für die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Bürgerbeteiligung sei ein wichtiges Thema, das viele Bürgerinnen und Bürger bewege. Sie könne zu erhöhter Akzeptanz in der Bürgerschaft führen, das Vertrauen in die politische Kultur verbessern, mehr Transparenz schaffen und mitunter Planungsverfahren beschleunigen. Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP nähmen die Bürgerbeteiligung ernst. Allerdings bedürfe es dazu keiner Ratsanträge, denn Bürgerbeteiligung und Transparenz müssten gelebt werden. Dies sei in der Vergangenheit z.B. bei der Innenstadtkonferenz, dem moderierten Verfahren zur Grundschulentwicklung, verschiedenen runden Tischen und dem Bürgerbeirat zum Energiekonzept umgesetzt worden. Wichtig sei, die Erfahrungen aus den bisherigen Partizipationsformen auszuwerten. Im Anschluss an die Auswertung würden die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP die Initiative ergreifen und prüfen, welche Formen der Bürgerbeteiligung weiterentwickelt und eingesetzt werden sollen. Allerdings müsse auch geklärt sein, welche Erwartungen damit geweckt würden und wie mit den Ergebnissen von Bürgerbeteiligung umgegangen werde. Sofern die Erwartungen aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht erfüllt werden könnten, erreiche man nicht die gewünschte Akzeptanz. Die Diskussion über die vielfältigen Möglichkeiten der Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung und die Auswertung der bisher in Bielefeld angewandten Beteiligungsformen sollte im Haupt- und Beteiligungsausschuss geführt werden, in den die drei Fraktionen auch die entsprechende Initiative einbringen würden. Sie appelliere daher an die Antragstellerin, heute auf die Abstimmung zu verzichten und den Antrag in die Debatte im Haupt- und Beteiligungsausschuss einzubringen.

Frau Schmidt (Fraktion Die Linke) bemerkt, dass der Rat und wichtige

Gremien wie der Haupt- und Beteiligungsausschuss noch weit von Transparenz und Beteiligung entfernt seien. Aufgrund der Initiative der Gruppe Bürgernähe habe ihre Fraktion mit Freude den Antrag, der anlässlich der Veranstaltung des Vereins Pro Grün e. V. formuliert worden sei, in den Rat eingebracht. Der Rat tue gut daran, die Bürgerinnen und Bürger zu hören und ihre Initiativen aufzunehmen. Nur so sei z.B. der Abriss der Ravensberger Spinnerei aufgrund des Widerstandes der Bürgerinnen und Bürger verhindert worden. Ihre Fraktion sei mit der Verweisung des Antrages in den Haupt- und Beteiligungsausschuss einverstanden.

Herr Nettelstroth (CDU-Fraktion) kritisiert, dass der Antrag nur allgemeine Aussagen enthalte und mit Ausnahme der Ziffer 5 keine konkreten Regelungen treffe, so dass er eigentlich aus rein formalen Gründen abgelehnt werden müsste. Da es aber wichtig sei, sich mit der Frage der Bürgerbeteiligung zu beschäftigen, sei seine Fraktion mit der Verweisung an den Haupt- und Beteiligungsausschuss einverstanden, wenn damit das Ziel verfolgt werde, konkrete Regelungen zu schaffen. Zu einem demokratischen Stil gehöre es dann aber auch, einmal getroffene Entscheidungen - auch wenn lang und kontrovers diskutiert worden sei - zu akzeptieren und mitzutragen. Nach seinen Erfahrungen funktioniere Bürgerbeteiligung immer dann, wenn die Bürgerinnen und Bürger bei den angesprochenen Themen persönlich betroffen seien. Hier müsse die Bürgerschaft ernst genommen und rechtzeitig informiert und einbezogen werden.

Frau Rathsmann-Kronshage beantragt formal die Verweisung des Antrages an den Haupt- und Beteiligungsausschuss.

Beschluss:

Der nachfolgende Antrag der Fraktion Die Linke vom 24.01.2012 wird an den Haupt- und Beteiligungsausschuss verwiesen:

- 1. Der Rat der Stadt Bielefeld ist willens, die Kompetenz und Kreativität der Bürgerschaft wertzuschätzen und diese bewusst und gewollt in seine Entscheidungsprozesse einzubeziehen.***
- 2. Der Rat der Stadt ist sich bewusst, dass mehr Transparenz, Information und Partizipation der Bürgerschaft die Politik und Verwaltung besser legitimieren und diese zugleich planbarer machen kann.***
- 3. Der Rat der Stadt will echte und aktive Beteiligung ermöglichen, indem der Zugang zu Informationen und die Weitergabe von Initiativen und Ideen organisiert werden.***
- 4. Bei öffentlichen und privaten Eingriffen in das Stadtbild sowie in Natur und Landschaft sollen regelmäßig auch vernünftige Alternativen und die Vermeidbarkeit (Nulloption) in die Überlegungen einbezogen werden. Auch die unbeabsichtigten Nebenfolgen sind zu diskutieren.***
- 5. In offensichtlich begründeten Konfliktfällen soll rechtzeitig und unbürokratisch ein Runder Tisch einberufen werden;***

dieser soll einen geordneten Austausch von Argumenten und eine nachvollziehbare und faire Abwägung ermöglichen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 4.2 Schulorganisatorische Maßnahmen im Grundschulbereich (Antrag der CDU-Fraktion vom 24.01.2012)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3589/2009-2014

Herr Kleinkes (CDU-Fraktion) erläutert, dass unmittelbar und zukünftig betroffene Eltern, Schülerinnen/Schüler und Lehrerkollegien die schulpolitische Diskussion genau verfolgen und schnell mit eigenen Meinungen und Argumenten oder in der Form ihrer Schulwahl reagieren würden. Die CDU-Fraktion habe sich frühzeitig gegen die zuletzt getroffene Entscheidung zur Fusion der Südschule mit der Vogelruthschule auf dem Gelände der Marktschule ausgesprochen. Gründe seien 1.) die unterschiedlichen pädagogischen Konzepte insb. an der Südschule, geprägt durch besondere individuelle Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund, 2.) das zu kleine Schul- und Pausengelände der Marktschule für eine vierzügige Grundschule im Vergleich zu dem sehr schönen Gelände der Südschule, 3.) der vierspurig stark befahrene Stadtring, der wegen seiner verkehrlichen Bedeutung nicht zurückgebaut werden könne und 4.) die Tatsache, dass die Fusion die Schließung der Südschule mit den damit verbundenen Konsequenzen bedeute. Dem gegenüber gäbe es keine vergleichbaren Argumente für einen Zusammenschluss der Schulen. Die Bezirksbürgermeisterin des Stadtbezirks Brackwede, die gleichzeitig Landtagsabgeordnete sei, habe im Januar öffentlich erklärt, dass eine „Zusammenlegung vom Tisch“ sei. Zusätzlich habe die Bezirksvertretung Brackwede den Rat mit Beschluss vom 19.01.2012 aufgefordert, seinen Beschluss zur Fusion rückgängig zu machen. Der Oberbürgermeister und die Verwaltung sähen sich hingegen an den Ratsbeschluss vom 10.11.2011 gebunden, was zu einer Verunsicherung und Irritation der Eltern und Lehrerschaft der beiden Grundschulen und der Marktschule geführt habe. Es sei daher nur konsequent, dass die CDU-Fraktion die Aufhebung des Ratsbeschlusses vom 10.11.2011 beantrage. Dieser Antrag müsse im Rat und nicht im Schulausschuss behandelt werden, denn nur der Rat könne seine eigenen Beschlüsse aufheben. Die Vereinbarung des Ältestenrates zum Umgang mit Anregungen und Vorschlägen der Bezirksvertretungen könne hier keine Anwendung finden. Der Ratsbeschluss vom 10.11.2011 sei auch kein Absichtsbeschluss, denn der Beschlusstext besage, dass die Fusion zum Schuljahr 2012/2013 vollzogen werden soll. Eltern, Schülerinnen/Schüler und Lehrerschaft der beiden Grundschulen und der Marktschule hätten vor dem Anmeldetermin einen Anspruch darauf zu erfahren, ob die Fusion statfinde oder nicht. In den letzten Monaten sei durch verschiedene Aktionen eine großartige Bürgerbeteiligung festzustellen

gewesen (über 40.000 Unterschriften und zahlreiche Kundgebungen gegen die Schulschließungen, diverse Veranstaltungen und fast 7.000 Unterschriften für den Erhalt der Realschule in Jöllenberg). Bürgerbeteiligung werde jedoch zu einer Mogelpackung, wenn die Bürgerinnen und Bürger bei dem Meinungsbildungsprozess beteiligt würden, bei der abschließenden Entscheidung diese Meinung aber keine Berücksichtigung finde. Die Vogelruthschule, die Südschule, die Marktschule und die Bezirksvertretung Brackwede hätten mit vielen guten Gründen dargelegt, dass die geplante Fusion nicht gewollt sei. Mit dem heutigen Antrag möchte die CDU-Fraktion diesem Willen nachkommen.

Herr Kranzmann (SPD-Fraktion) berichtet, dass bei der Vogelruthschule ein Raumproblem bestehe. Die Situation der Hauptschulen sei insofern problematisch, als dass nur 5,5 % der Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangs in eine Hauptschule wechseln würden. Auswirkungen hätten sich bereits bei der Siekerschule, Hauptschule Oldentrup, Marktschule, Hauptschule Jöllenberg und Hauptschule Senne ergeben. In Sennestadt seien zwei Hauptschulen erfolgreich zusammengelegt worden, was allgemein Akzeptanz gefunden habe. Da es in Brackwede auf der einen Seite zwei Grundschulen mit Problemen und andererseits das gut sanierte Gebäude der Marktschule gebe, sollte geprüft werden, ob in Brackwede in dem Gebäude der Marktschule eine funktionierende vierzügige Grundschule errichtet werden könne. Der Beschluss des Rates vom 10.11.2011 sei als ein Auftrag an die Verwaltung zu verstehen, alle in diesem Zusammenhang aufgetretenen Fragen zu klären und in einem geordneten Prüfverfahren in den Fachausschuss einzubringen. Er gehe allerdings davon aus, dass das im Beschluss angestrebte Schuljahr 2012/13 nicht erreicht werden könne. Es gehe nicht um die Schließung einer Schule, sondern um die Zusammenlegung zweier Schulen an einem Standort und der Frage einer besseren Qualität der Grundschulen. Seine Fraktion werde den Antrag der CDU-Fraktion zum jetzigen Zeitpunkt daher ablehnen.

Frau Geilhaar (Gruppe Bürgernähe) erklärt, dass ihre Gruppe den Antrag der CDU-Fraktion voll unterstütze. Ihre Gruppe habe bereits dem Ratsbeschluss vom 10.11.2011 nicht zugestimmt, weil sie die Arbeit der engagierten Schulleiter und Eltern sowie der Projekte, die zur Förderung der Sprache und Integration beitragen würden, gesehen hätte. Sie erwarte, dass im Sinne einer Integration gehandelt und die Entwicklung der Marktschule zu einer Brennpunktschule verhindert werde.

Herr Ocak (Fraktion Die Linke) wirft der SPD-Fraktion vor, durch ihre Schulentwicklungsplanung für Verunsicherungen gesorgt zu haben. Eine Zusammenlegung der Schulen sei weder schulpolitisch sinnvoll noch möglich. Trotz des Bekenntnisses, die Bürgerbeteiligung zu stärken und mit den Eltern und Kindern gemeinsam arbeiten zu wollen, werde Schulentwicklungsplanung über die Köpfe der Betroffenen hinweg betrieben. Besonders kritisiert er, dass die schulischen Gremien der Marktschule bisher noch nicht beteiligt worden seien. Er appelliert, ein klares Zeichen für die Schulen zu setzen und den Antrag zu beschließen.

Herr Grün (BfB-Fraktion) informiert, dass seine Fraktion dem CDU-Antrag zustimmen werde, weil sie den Beschluss des Rates von 10.11.2011 für falsch halte. Die Fusion der Südschule und der

Vogelruthschule im Gebäude der Marktschule mache keinen Sinn, da beide Grundschulen genügend Schülerinnen und Schüler hätten und die unterschiedliche Konzepte der Schulen laut Schüler- und Elternwille wie bisher fortgesetzt werden sollen. Ebenso sei der Umzug der Marktschule nicht nachvollziehbar. Zwar habe die Marktschule wie auch andere Hauptschulen keine Eingangsklassen, worüber im Rahmen der Schulentwicklungsplanung zu sprechen sei, aber die Marktschule besuchten immer noch Schülerinnen und Schüler und der Schulbetrieb werde noch Jahre laufen. Die Hauptschule brauche Fach- und Werkräume, die in dem Grundschulgebäude nicht vorhanden seien. Für Brackwede sollte eine vernünftige Lösung gefunden und der Ratsbeschluss vom 10.11.2011 aufgehoben werden.

Frau Dr. Schulze (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) appelliert, die Veränderungen der Schullandschaft zur Kenntnis zu nehmen, zu analysieren und politische Beschlüsse daraus abzuleiten, um den vereinbarten Qualitätsansprüchen gerecht zu werden und um eine Verlässlichkeit hinsichtlich des Bestands von Schulen herzustellen. Werde nichts getan, müssten die Schulen jahrelang unter schwersten Bedingungen arbeiten und würden schleichend sterben. Auch würde damit ein nicht zu vertretender Beitrag zu Segregation und Ausgrenzung von Kindern geleistet. An der Südschule seien nur 31 von 89 möglichen Anmeldungen von Eltern, deren Kinder im Einzugsbereich der Schule wohnen, eingegangen. Das Verhältnis von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund liege 2012 bei 28:3, 2011 bei 34:5 und 2010 bei 30:7. Auch an anderen Schulen sei diese dramatische Entwicklung zu beobachten. So hätten auch an der Bückardtschule und der Hellingkampschule weniger als 50 % der Eltern ihre Kinder an der wohnortnahen Schule angemeldet. Das Verhältnis von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund betrage an der Bückertschule 19:1 und an der Hellingkampschule 24:4. Die Politik müsse dafür sorgen, dass in Bielefeld keine Brennpunktschulen entstünden. Die Schullandschaft müsse verändert werden, damit Integration möglich werde. Schulen mit überwiegend Kindern aus einem bildungsfernen Elternhaus dürften nicht geduldet werden. In Brackwede hätten 97 Eltern ihre Kinder nicht an der wohnortnahen Schule angemeldet. Davon gingen 61 Kinder zu anderen Brackweder Grundschulen, 10 zur Bahnhofschule, 12 zur Martinschule und 6 zur Buschkampschule. Das zeige, dass es Brackwede durch die Bildung von Schuleinzugsbereichen gelänge, Schulen zu schaffen, die ein maximales Maß an Integration möglich machen und die soziale Ausgrenzung verhindern würden. Die Südschule könne 31 Anmeldungen verzeichnen; 45 Kinder seien an anderen Schulen angemeldet worden (11 Kinder an der Frölenbergschule, 19 an der Vogelruthschule, 3 an der Grundschule Ummeln, 10 an der Bahnhofschule und 2 an der Buschkampschule). Sie hoffe, dass die Eltern, die ihre Kinder an der Südschule angemeldet hätten, die im Übrigen eine sehr gute Arbeit leiste, sich noch offen gegenüber einer Fusion mit der Vogelruthschule positionieren. Der Prozess der Zusammenlegung müsse sorgfältig vorbereitet und begleitet werden und der Schule müssten die bestmöglichen Bedingungen geschaffen werden, damit es zu einem Erfolgsmodell werde. Sie nehme aber auch die Forderungen, die die Vogelruthschule gestellt habe, sehr ernst. Hinsichtlich der Bürgerbeteiligung teile Sie die Meinung des Oberbürgermeisters, der in seiner Neujahrsrede gesagt habe, dass der Rat auch dafür da sei, Bedingungen zu schaffen, die den Schwächeren gleiche Chancen bieten

könnten. Man dürfe nicht immer nur denen, die sich am lautesten äußern und die am wenigsten verändern wollen, folgen und dabei die anderen Teile der Bevölkerung außer Acht lassen. Der Rat sei der gesamten Stadt Bielefeld verpflichtet und für sie sei die Zusammenlegung von Schulen der richtige Weg um die Bildungschancen aller Kinder gleich zu gestalten. Aus diesen Gründen werde ihre Fraktion dem Antrag der CDU-Fraktion nicht zustimmen.

Herr Schmelz (Gruppe Bürgernähe) unterstreicht die Notwendigkeit, die öffentlich politische Partnerschaft zu verbessern. Er kritisiert, dass über die Marktschule am 10.11.2011 beschlossen worden sei, ohne zuvor mit den Betroffenen gesprochen zu haben. Seiner Gruppe stelle sich dabei die Frage, ob die Entscheidung ohne Beteiligung der Schulkonferenz rechtlichen Bestand habe. Die Marktschule mit einem hohen Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund leiste bis heute eine sehr wichtige sozialpädagogische und erfolgreiche Arbeit. Der Lernbereich „Arbeitslehre“ sei integraler Bestandteil der Hauptschularbeit und sei wie der Bereich Naturwissenschaften von der Stadt mit entsprechenden Werkstätten und zusätzlich einer Küche ausgestattet worden. Auch das Berufsorientierungsbüro sei erst vor zwei Jahren mit finanziellen Mitteln des Landes an der Marktschule eingerichtet worden und unterstütze sehr effektiv den Übergang der Schülerinnen und Schüler von der Schule in den Beruf. Seine Gruppe sei der Auffassung, dass die zusätzliche Belastung einer Schule, die voraussichtlich in einem Jahr auslaufen müsse, durch eine Verlegung nicht verantwortbar und unsinnig sei. Das Vorgehen trage zur Politikverdrossenheit bei und erzeuge Frust, was gerade im pädagogischen Bereich in seinen Auswirkungen gesellschaftsschädigend sei. Er werbe darum, dem Antrag der CDU-Fraktion zuzustimmen.

Herr Buschmann (FDP-Fraktion) erklärt, dass die Diskussion deutlich gemacht habe, dass es für beide der geäußerten Standpunkte offensichtlich sehr gute Gründe gebe. Die Verwaltung habe aufgezeigt, dass die Schulen aufgrund der Schülerzahlen in dieser Form nicht existieren können und dass die Politik auf die demographische Entwicklung reagieren müsse. Schulentwicklungsplanung werde demnächst keine Bestandsgarantie geben können, denn die Schülerschaft ändere sich quantitativ, qualitativ und strukturell. Trotz des gefassten Beschlusses, die Grundschulstandorte zu erhalten, werde die Politik nicht ihrer Pflicht entgehen, immer wieder Möglichkeiten zu finden, Schulen besser zu strukturieren. Unter Berücksichtigung der Kriterien der Differenzierung, Individualisierung, Integration und Leistungsförderung sei das strukturelle Problem voraussichtlich besser in einer größeren Schule zu lösen. Die Politik habe hinsichtlich der Zusammenlegung der Süd- und Vogelruthschule im letzten Jahr einen Absichtsbeschluss gefasst, dessen Umsetzung von den dann gegebenen Voraussetzungen abhängig sei. Dieser Absichtsbeschluss werde den Einwänden gegenübergestellt und die Politik müsse dann abschließend beraten, bewerten und entscheiden.

Herr Rüter (CDU-Fraktion) weist darauf hin, dass Ausgangspunkt des Antrages der einstimmige Beschluss der Bezirksvertretung Brackwede sei, die die örtlichen Verhältnisse gut kenne. Aufgrund dieses Beschlusses, der nicht ignoriert werden dürfe, und in Kenntnis der gesamten Situation könne der Rat sich dem Beschluss der

Bezirksvertretung nur anschließen. Der Ratsbeschluss vom 10.11.2011 sei nicht umsetzbar, da das Schuljahr 2012/2013 nicht mehr erreicht werden könne. Für ihn leiste die Südschule eine hervorragende Arbeit und die Schule könne mit 31 Schülerinnen und Schülern beruhigt in das nächste Schuljahr gehen. Bevor über die Fusion von Schulen oder das Auslaufen der Hauptschulen entschieden werde, sollte das Ergebnis der Schulentwicklungsplanung abgewartet und sowohl der Süd- als auch die Vogelruthschule die Chance gegeben werden, ihre Eigenständigkeit zu erhalten.

Herr Nettelstroth beantragt für seine Fraktion namentliche Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt hebt seinen am 10.11.2011 unter Tagesordnungspunkt „Schulorganisatorische Maßnahmen im Grundschulbereich“ beschlossenen Punkt 4

„Zur Erreichung angemessener Klassengrößen und unter Berücksichtigung des Raumbedarfs für den Gemeinsamen Unterricht und die OGS soll die Vogelruthschule zum Schuljahr 2012/13 um die Südschule erweitert und als vierzügige Grundschule an einem neuen Standort im bisherigen Gebäude der Marktschule in einem begleiteten Prozess zusammengeführt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Beschluss vorzubereiten.“

auf.

- bei 29 Ja-Stimmen, 33 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mit Mehrheit abgelehnt -

Namentliche Abstimmung:

Herr Oberbürgermeister Clausen	nein
Herr Bürgermeister Helling	ja
Herr Bürgermeister Grube	nein
Frau Biermann	nein
Herr Bolte	nein
Frau Brinkmann, Dorothea	nein
Frau Brinkmann, Petra	ja
Frau Burkert	nein
Herr Buschmann	nein
Herr Delius	ja
Herr Fortmeier	nein
Herr Franz	nein
Herr Geil	nein
Frau Geilhaar	ja
Frau Gorsler	nein
Herr Grün	ja
Frau Grünewald	ja
Herr Gutknecht	nein
Herr Hamann	nein
Frau Hellweg	nein
Herr Henrichsmeier	ja

Herr Hoffmann	ja
Frau Ilgün	ja
Herr Julkowski-Keppler	nein
Herr Jung	ja
Frau Kammeier	ja
Frau Keppler	nein
Herr Kleinesdar	ja
Herr Kleinkes	ja
Frau Klemme-Linnenbrügger	nein
Herr Kranzmann	nein
Herr Krumhöfner	ja
Herr Lufen	Enthaltung
Herr Meichsner	ja
Herr Nettelstroth	ja
Frau Niederfranke	ja
Herr Nockemann	nein
Herr Nolte	ja
Frau Dr. Ober	nein
Herr Ocak	ja
Frau Osthus	ja
Frau Pfaff	nein
Frau Rathsmann-Kronshage	nein
Herr Rees	nein
Herr Röwekamp	ja
Herr Rüter	ja
Herr Sander	nein
Herr Schmelz	ja
Frau Schmidt	ja
Herr Dr. Schmitz	ja
Frau Schneider	nein
Frau Schrader	nein
Frau Dr. Schulze	nein
Herr Schulze	ja
Herr Sternbacher	nein
Herr Strothmann	ja
Herr Suchla	nein
Herr Dr. van Norden	nein
Herr Prof. Dr. von der Heyden	ja
Frau Viehmeister	nein
Herr Wandersleb	nein
Herr Weber	ja
Frau Weißenfeld	nein

-.-.-

Zu Punkt 5**Interkommunale Zusammenarbeit - Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit den Städten Herford und Minden**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3448/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat stimmt dem Abschluss folgender öffentlich-rechtlicher Vereinbarung zu:

Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben nach der Beihilfenverordnung NRW mit den Städten Herford und Minden.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 6**Erstellung einer Potentialstudie "Bielefeld und die geplanten Nationalparke in OWL"****Beratungsgrundlage:**

Drucksachenummer: 3564/2009-2014

Herr Bürgermeister Helling (CDU-Fraktion) beantragt im Namen seiner Fraktion, über die Informationsvorlage im Rat abzustimmen. Der Oberbürgermeister versuche den Eindruck zu vermitteln, es handele sich hier um ein einfaches Geschäft der laufenden Verwaltung, was der Rat aus seinem Selbstverständnis heraus nicht zulassen sollte. Bei dem Vorgang handele es sich nicht um eine Informationsvorlage, sondern um eine eindeutige zusätzliche freiwillige Ausgabe, die nicht etatisiert bzw. politisch beschlossen worden sei. Der zuständige Minister, Herr Rimmel, habe mehrfach öffentlich erklärt, dass der Nationalpark nur im Konsens mit den Beteiligten geplant werde. Eine regionale abgestimmte Konsenslösung wolle Herr Rimmel nun offensichtlich unterlaufen. Weder das Land noch die Stadt Bielefeld verfügten über entsprechende Mittel für ein solches Gutachten. Es würden weitere Schulden aufgebaut und in die Verwaltung wurde ein falsches Signal hinsichtlich Haushaltsdisziplin und Einsparwille gegeben. Da es bereits viele Gutachten zum Nationalpark gebe und jedes Ratsmitglied die gestellten Fragen für sich beantworten könne, sei die geforderte Potentialanalyse zurzeit ein „Muster ohne Wert“. Da es sich nicht um ein laufendes Geschäft handele und die Aufgabe auch dem Unternehmenszweck widerspreche, dürfe die Bielefelder Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (BBVG) die Studie nur beauftragen, wenn der Rat einen entsprechenden Beschluss incl. Änderung des Unternehmenszwecks fasse. Sollte der Rat die Ausgabe der 35.000 € zur Kenntnis nehmen, werde seine Fraktion den Vorsitzenden der BBVG bitten, rechtlich überprüfen zu lassen, ob der Gesellschaftszweck dieses Vorgehen rechtfertige.

Herr Oberbürgermeister Clausen verweist auf die zweite Seite der Vorlage und bemerkt, dass nach rechtlicher Prüfung der Verwaltung die BBVG die Studie entsprechend ihrem Gesellschaftszweck „Förderung von Fremdenverkehr sowie Stadtmarketing“ beauftragen dürfe.

Herr Dr. van Norden (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) verteidigt die Erstellung einer Potentialanalyse, weil damit deutlich gemacht werden

könne, welche Vorteile der Nationalpark für Bielefeld habe. Die Analyse sei wichtig, um in einen argumentativen Prozess eintreten zu können. Das Gutachten sei nicht unnütz und um Bielefeld voran zu bringen, müsse im Rahmen des finanziell Möglichen investiert werden. Wer die wertvolle Chance nicht nutzen wolle, müsse dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen. Er selbst sei überzeugt, dass die Analyse zugunsten des Nationalparks, der schon 1991 im Landtag einstimmig beschlossen worden sei, ausfalle.

Herr Schmelz (Gruppe Bürgernähe) berichtet über eine repräsentative Umfrage des Emnid-Instituts aus dem Jahr 2008. Danach sei mehr als 85% der Bevölkerung in OWL von den Vorteilen überzeugt und befürworte die Einrichtung eines Nationalparks in der Senne. Sie verbänden damit einen besseren Schutz der Natur, einen Imagegewinn für die Region, eine Förderung des Tourismus, einen wirtschaftlichen Nutzen sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Insbesondere die jüngere Generation (90% der Befragten) sähen Vorteile durch den Nationalpark. Auch an der aktiven Nutzung des Nationalparks herrsche großes Interesse: 92 % der Befragten und 96% der befragten Personen zwischen 30 und 39 Jahren würden einen Nationalpark besuchen. Der Nationalparkbegriff sei in der Bevölkerung überwiegend positiv besetzt und so verbänden 94 % damit eine großartige Naturlandschaft, 86% ein Rückzugsgebiet für bedrohte Pflanzen und Tiere, 86 % eine Naturerfahrung für Kinder, 94% ein Gebiet für Wissenschaft und Forschung sowie 83% ein attraktives Erlebnis- und Erholungsgebiet. Die Gruppe Bürgernähe unterstütze die Planungen der Nationalparks und sehe schon heute ein hohes positives Potential. Der Landschaftsraum Teutoburger Wald, Eggegebirge sowie auch die einzigartige Senne könne so als Ganzes erhalten und geschützt werden. Bielefeld werde nicht nur ökologisch durch seine direkte naturräumliche Verbindung mit den geplanten Nationalparks profitieren, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht, in Forschung und Bildung sowie für Bielefeld und OWL als Gesundheitsregion werde die Entwicklung von Nationalparks deutliche Impulse setzen. Seine Gruppe sei überzeugt, dass, sobald die Naturparks Wirklichkeit würden, sie sich sehr schnell positiv entwickeln würden. Eine Potentialstudie würde mögliche Dimensionen nur in Ansätzen erfassen. Deshalb plädiere die Gruppe Bürgernähe dafür, die möglichen Mittel für die Studie für die konkrete Entwicklung von Nutzungskonzepten mit intensiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu verwenden.

Herr Grün (BfB-Fraktion) erklärt, dass es hier nicht um die Potentialstudie gehe, sondern um die Frage, ob der Nationalpark gewollt sei oder nicht. In seiner Fraktion werde darüber sehr kontrovers diskutiert, er selbst sei aber ein Befürworter und Anhänger der Nationalparkidee. Die Natur müsse besser geschützt werden, ein besseres Rohstoffmanagement sollte eingeführt und neben den Regenwäldern müssten im eigenen Land die Wälder gesichert werden. Ziel sollte es sein, ein besseres Miteinander zwischen der Industriegesellschaft, den Wohnbedürfnissen der Menschen und der Natur zu erreichen. Auch ein besseres Brachflächenmanagement sei erforderlich. Der Nationalpark sei eine gute Möglichkeit, der Natur ihren Platz zu geben. Zu erwartende Zielkonflikte z. B. hinsichtlich der gesicherten Wasserversorgung oder dem Bau von Windkraftanlagen müssten diskutiert und die Details ausgearbeitet werden.

Herr Hamann (SPD-Fraktion) bestätigt, dass die Frage des Nationalparks in den Fraktionen politisch kontrovers diskutiert werde. Die jetzt im Rat stattfindende Debatte um die 35.000 € für ein Gutachten sei nur vorgeschoben, weil die inhaltliche Diskussion in Bielefeld nicht gewollt sei. Der Rat müsse sich jedoch auch inhaltlich damit auseinandersetzen. Er glaube, dass es eine Mehrheit in OWL gebe, die einen Nationalpark befürworte. Die bisher von der Bundeswehr bzw. den britischen Streitkräften genutzten Flächen würden zukünftig nicht mehr gebraucht und könnten einem Nationalpark zugeführt werden. Für die Klärung die Frage, was Bielefeld zur Förderung der Nationalparks beitragen könne und wie Bielefeld von den Nationalparks profitieren könne, seien 35.000 € gut angelegt.

Frau Schmidt (Fraktion Die Linke) beruft sich auf die Unterstützung der Bevölkerung, die sie bereits bei einem Treffen vor sieben Jahren erlebt habe und die durch das Ergebnis der Emnid-Umfrage bestätigt werde, und spricht sich für den Nationalpark aus. Die Potentialstudie könne gute Argumente liefern, warum die Stadt Bielefeld die Idee unterstützen sollte. Den Betrag von 35.000 € halte sie daher für angemessen.

Herr Nettelstroth (CDU-Fraktion) verdeutlicht nochmals die Position der CDU-Fraktion, wonach zuerst die Betroffenen eine Entscheidung treffen sollten, bevor der Rat diskutiert, inwiefern die Stadt Bielefeld daraus einen Nutzen ziehen könne. Er weist darauf hin, dass in einem Nationalpark eine Holzbewirtschaftung nicht mehr möglich sei - die Stadtwerke Bielefeld hätten aber gerade ein Holzkraftwerk gebaut - und dass ein Nationalpark nicht betreten werden dürfe. Seines Wissens solle der Standort Augustdorf und der Truppenübungsplatz bestehen bleiben, was der Natur zuträglich sei, weil so die Bereiche gepflegt und unterhalten würden. Heute gehe es darum, im Auftrag der Landesregierung Hilfsargumente zu finden, damit das marode Projekt starten könne. Die CDU-Fraktion würde dies nicht unterstützen.

Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion:

Die Vorlage der Verwaltung wird abgelehnt.

- bei 20 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen
mit Mehrheit abgelehnt -

Der Rat nimmt die Vorlage zur Erstellung einer Potentialstudie „Bielefeld und die geplanten Nationalparke in OWL“ zur Kenntnis.

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 7

Beteiligungsbericht 2010 der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3456/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Beteiligungsbericht 2010 für Beteiligungen und Betriebe der Stadt Bielefeld wird zur Kenntnis genommen.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 8 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat

Der Rat nimmt von den über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, denen der Stadtkämmerer zugestimmt hat, gemäß der Anlage zum Protokoll der Sitzung des Finanz- und Personalausschusses vom 24.01.2012 Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9 Veränderung der Beteiligungsquote der Stadtwerke Ahlen GmbH an der Energiehandelsgesellschaft West GmbH -Beteiligung der Stadtwerke Huntetal-

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3545/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Beteiligung der Stadtwerke Huntetal an der Energiehandelsgesellschaft West mbH (ehw) und der damit verbundenen Veränderung der mittelbaren Beteiligungsquote der Stadtwerke Ahlen GmbH an der ehw wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10 Einrichtung einer Arbeitsgruppe Kulturentwicklungsplanung

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3478/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Zur Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen des Projekts „Weiterentwicklung der Kulturstadt Bielefeld“ wird eine politische Arbeitsgruppe Kulturentwicklungsplanung (AG KEP) eingerichtet.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

Änderung der Verleihungsrichtlinien der Stadt Bielefeld über Auszeichnungen für besondere Leistungen und Verdienste auf dem Gebiet des Sports

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3462/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die Verleihungsrichtlinien der Stadt Bielefeld über Auszeichnungen für besondere Leistungen und Verdienste auf dem Gebiet des Sports werden in § 1 wie von der Arbeitsgruppe Sportehrungen vorgeschlagen geändert. Die geänderte Fassung tritt zum 01.01.2012 in Kraft.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 12

2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. I/St 23 "Gildemeister" für das Gebiet Morsestraße, Gildemeisterstraße im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB - Stadtbezirk Sennestadt
Satzungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3380/2009-2014

Herr Ocak (Fraktion Die Linke) erklärt, dass seine Fraktion die folgenden drei Bebauungspläne (TOP 12, 13 und 14) nicht unterstützen werde. Seine Fraktion sei zwar nicht gegen die Umsetzung des Einzelhandelskonzeptes, lehne aber die Ausweisung des Strothbachwaldes als Industriegebiet ab. Die Bielefelder Grünlandschaft sei eines der Markenzeichen der Stadt und solle erhalten und erweitert werden. Daher werde seine Fraktion - weil es in diesem Verfahren nicht mehr möglich sei - in der Bezirksvertretung einen Antrag stellen, den Strothbachwald als Naturschutzgebiet auszuweisen und in der heutigen Ratssitzung nur ein politisches Signal setzen.

Herr Julkowski-Keppler (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) stellt richtig, dass die Frage des Strothbachwaldes das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes „Gildemeister“ betreffe. Ein entsprechender Entwurf soll laut Herrn Beigeordneten Moss in einer der nächsten Sitzungen des

Stadtentwicklungsausschusses eingebracht werden. Insofern könne der heutigen Vorlage zugestimmt und die fraglichen Punkte anlässlich der späteren Beratung des Bebauungsplanes „Gildemeister“ diskutiert werden.

Frau Geilhaar (Gruppe Bürgernähe) plädiert dafür, den Strothbachwald aus den Planungen ganz herauszunehmen und als Naturschutzgebiet auszuweisen. Für sie sei nicht nachvollziehbar, dass in der Aue ein bei Tag und Nacht beleuchteter Parkplatz eingerichtet worden sei, während in dem danebenliegenden Strothbachwald geschützte Tiere leben würden. Problematisch sei auch der Schwerlastverkehr im Ortsteil Heideblümchen, unter dem sehr viele Bewohnerinnen und Bewohner leiden würden.

Herr Beigeordneter Moss erläutert, dass die Tagesordnungspunkte 12 bis 14 nichts mit dem Strothbachwald und der Aue zu tun hätten. Es gehe darum, einen Bebauungsplan zu ändern, nach dem nach alter Baunutzungsverordnung großflächiger Einzelhandel möglich gewesen wäre. Durch das vereinfachte Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes solle großflächiger Einzelhandel ausgeschlossen werden. Für den Bebauungsplan „Gildemeister“ solle in einer der nächsten Sitzungen des Stadtentwicklungsausschusses ein erneuter Aufstellungsbeschluss gefasst werden, wodurch die heutige Industriezufahrt hinter der Firma Gildemeister, die in einem Waldgebiet liege, demnächst planungsrechtlich auszuschließen sei. Im Vorgriff auf die Diskussion zu TPO 14 verweist Herr Beigeordneter Moss auf den Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses vom 19.07.2011, wonach - da eine Entwicklungsmöglichkeit im Bereich des Strothbachwaldes nicht gewollt und nach Einschätzung des Umweltamtes auch rechtlich nicht möglich sei - eine Entwicklung in nördlicher Richtung in den regionalen Grünzug untersucht werden soll. Wenn dieses Änderungsverfahren erfolgreich abgeschlossen sei und die entsprechenden Grundstücke erworben werden könnten, sei die Stadt Bielefeld gehalten, den Strothbachwald in seiner Funktion dauerhaft zu sichern und eine Harmonisierung von Bauleit- und Landschaftsplänen herbeizuführen.

Beschluss:

- 1. Die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. I/St 23 „Gildemeister“ für das Gebiet Morsestraße, Gildemeisterstraße wird als Satzung gemäß 10 (1) Bundesbaugesetz (BauGB) beschlossen.**
- 2. Die Begründung zur 2. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes wird in der vorliegenden Fassung gebilligt.**
- 3. Der Satzungsbeschluss ist gemäß § 10 (3) BauGB mit den notwendigen Angaben öffentlich bekanntzumachen.**

- bei 6 Nein-Stimmen mit großer Mehrheit beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 13

2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. I/St21 "Industriegebiet Heideblümchen" für das Gebiet zwischen der Gildemeisterstraße und der A 33 im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB - Stadtbezirk Sennestadt

Satzungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3385/2009-2014

(Redebeiträge s. unter TOP 12)

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Die Stellungnahme des Landesbetriebs Straßen NRW wird gemäß Vorlage Anlage A zurückgewiesen.
2. Die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. I/St 21 „Industriegebiet Heideblümchen“ wird als Satzung gemäß § 10 (1) Bundesbaugesetz (BauGB) beschlossen.
3. Die Begründung zur 2. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes wird in der vorliegenden Fassung gebilligt.

4. Der Satzungsbeschluss ist gemäß § 10 (3) BauGB mit den notwendigen Angaben öffentlich bekanntzumachen

- bei 6 Nein-Stimmen mit großer Mehrheit beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 14

2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. I / St 24 "Industriegebiet Schlinghofstraße" für das Gebiet Gildemeisterstraße, Sender Straße, im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB - Stadtbezirk Sennestadt

Satzungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3386/2009-2014

(Redebeiträge s. unter TOP 12)

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Die Stellungnahme des Landesbetriebs Straßen NRW wird gemäß Vorlage Anlage A zurückgewiesen.
2. Die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. I/St 24 „Industriegebiet Schlinghofstraße“ wird als Satzung gemäß § 10 (1) Bundesbaugesetz (BauGB) beschlossen.
3. Die Begründung zur 2. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes wird in der vorliegenden Fassung gebilligt.
4. Der Satzungsbeschluss ist gemäß § 10 (3) BauGB mit den notwendigen Angaben öffentlich bekanntzumachen.

- bei 6 Nein-Stimmen mit großer Mehrheit beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 15

Satzung über die Verlängerung einer Veränderungssperre für eine Fläche westlich der Hellingstraße (Teilgebiet des aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. III/3/88.00 "Am Uhlenteich")
- Stadtbezirk Mitte

Satzungsbeschluss**Beratungsgrundlage:**

Drucksachenummer: 3409/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre für eine Fläche westlich der Hellingstraße (Teilgebiet des aufzustellenden Bebauungsplanes Nr. III/3/88.00 "Am Uhlenteich") wird beschlossen. Für die genaue Abgrenzung des räumlichen Geltungsbereiches der Veränderungssperre ist die im Abgrenzungsplan im Maßstab 1:1.000 vorgenommene Eintragung (rote Linie) verbindlich.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

-.-.-

Zu Punkt 16

1. Änderung des Bebauungsplanes Nr.I/St 43 "Gewerbegebiet Senner Hellweg" für den Bereich nördlich des Senner Hellweg, östlich der A 2, westlich der Lämershagener Straße nach § 13a
B a u G B
- Stadtbezirk Sennestadt

Satzungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3419/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. I/St 43 „Gewerbegebiet Senner Hellweg“ wird als Satzung gemäß § 10 (1) Baugesetzbuch BauGB) beschlossen.
2. Die Begründung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes wird in der vorliegenden Fassung gebilligt.
3. Der Satzungsbeschluss ist gemäß § 10 (3) BauGB öffentlich bekanntzumachen.

- einstimmig beschlossen -

Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil der Niederschrift.

Zu Punkt 17

Genehmigung der Arbeitsgruppen/Arbeitskreise von Ausschüssen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 3585/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat genehmigt folgende bestehende Arbeitsgruppen der Ausschüsse:

Haupt- und Beteiligungsausschuss

- Arbeitskreis Brandschutzbedarfsplan

Schul- und Sportausschuss

- Arbeitsgruppe Sportehrungen
- Arbeitsgruppe Sportförderungsrichtlinien
- Arbeitsgruppe Sportstättenprüfungskommission

Stadtentwicklungsausschuss

- Arbeitsgruppe Sparrenburg
- Arbeitsgruppe Vergaben.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 18

Umbesetzungen in Ausschüssen, Beiräten und anderen Gremien (Anträge der Fraktionen und Gruppen)

Zu Punkt 18.1 Antrag der SPD-Fraktion vom 31.01.2012

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3638/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung:

Schul- und Sportausschuss

Stellvertretendes Mitglied

Bisher: Ratsmitglied Hans-Werner Plassmann

Neu: sachk. Bürgerin Wiebke Esdar

Bisher: Ratsmitglied Marcus Lufen

Neu: sachk. Bürger Lars Kornfeld

Bisher: sachk. Bürgerin Alexandra Wend

Neu: sachk. Bürger Stefan Pieplau

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 18.2 Antrag der Fraktion Die Linke vom 01.02.2012

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3639/2009-2014

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung:

Bürgerausschuss

Ordentliches Mitglied

bisher: sachk. Bürger Durmus Alici

neu: Ratsmitglied Onur Ocak

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Cla u s e n
Oberbürgermister

S t u d e
Schriftführerin